

Die mächtigen Paten

Politischer Zündstoff um die 500-Unterschriften-Regel

Gerd Niewerth*



Unter dem Künstlernamen Cindy Lee strebt die schrille Striptease-Tänzerin Isabelle Laeng, eine schlanke Blondine mit großer Oberweite und Schlauchbootlippen, auch im Jahr 2012 wieder das allerhöchste Amt an, das die Fünfte Republik zu vergeben hat: das Amt des Staatsoberhauptes. Aber es spricht alles dafür, dass ihre Präsidentschaftskampagne kurz, schmerzlos und schnell vergessen sein wird. Wegen der 500-Unterschriften-Regel.

Parrainages

Un large débat domine la classe politique française à la veille des élections en raison des 500 signatures exigées pour être candidat aux élections présidentielles.

Réd.

Die erste Voraussetzung, die die Verfassung ihr auferlegt, erfüllt Mademoiselle Cindy, Gründerin des *Parti du Plaisir*: Sie hat das 18. Lebensjahr vollendet, ist französische Staatsbürgerin und im Besitz der bürgerlichen und politischen Rechte. Doch schon die nächste Verfassungshürde erweist sich als schier unüberwindbar. An besagten 500 Unterschriften ist sie bereits 2001 und 2007 gescheitert, und auch 2012 dürfte sie erneut vor der sogenannten *Parrainage* kapitulieren. Der Fall Cindy Lee illustriert, was sich die republikanischen Verfassungsväter mit diesem Mechanismus beabsichtigten. Sie haben diese Hürde eingebaut, um Kandidaturen à la Cindy Lee zu unterbinden und das Wettrennen um den Elysée auf möglichst wenige, aber ernsthafte Bewerber zu beschränken.

Die 500-Unterschriften-Regel zählt fraglos zu den Besonderheiten des komplexen französischen Wahlrechts. Um rein lokal orientierte Kandidaten zu verhindern, müssen die Unterschriften aus mindestens 30 verschiedenen Departements stammen, wobei aus einem Departement maximal 10 % der Unterschriften kommen dürfen. Ferner

gilt: Jeder Gewählte darf nur einen Kandidaten unterstützen. Neben den Abgeordneten der *Assemblée Nationale* und den Senatoren handelt es sich dabei überwiegend um zigtausende Bürgermeister der zahllosen französischen Kommunen. Aber auch die Präsidenten der Departementräte, des Territorialrates von Saint-Pierre-et-Miquelon und des Pariser Stadtrates dürfen unterschreiben, ferner die Präsidenten der Regionalräte, die gewählten Vertreter der Versammlungen Korsikas und Französisch-Polynesiens sowie des Kongresses und der Provinzversammlungen von Neukaledonien, der Präsident Französisch-Polynesiens und der Regierungschef Neukaledoniens, sowie die französischen Abgeordneten des EU-Parlaments.

Unterm Strich ergibt dies einen weitgefassen Kreis von etwa 43 000 potenziellen „Paten“. An dieser enorm hohen Zahl gemessen sollte das Minimum von 500 Unterstützern eigentlich mühe-los zu schaffen sein, zumal der Pate nicht verpflichtet ist, den von ihm unterstützten Kandidaten später zu wählen. Auf die Präsidentschaftskandidaten der großen Parteien PS und UMP trifft dies zweifellos zu, für sie sind 500 Unterschriften eine Formalie. Doch bei näherem Hinsehen zeigt sich, dass der Teufel im Detail steckt. Kein Wunder, dass die *Parrainage*-Regel bei nahezu jeder Präsidentschaftswahl für politischen Zoff sorgt. Sie erschwert bzw. verhindert nämlich nicht nur die Kandidatur von Politikern aus Splitterparteien oder die von skurrilen Einzelbewerbern.

* Gerd Niewerth ist Korrespondent der *Westdeutschen Allgemeinen Zeitung* (WAZ) in Paris.

Verschwörung oder Polit-Show?

Selbst der rechtsextreme *Front National* (FN), der – von Schwankungen abgesehen – ein solides Wählerpotenzial von mehreren Millionen Franzosen repräsentiert, hat schwer mit der 500er-Regel zu kämpfen. *Front-National*-Gründer Jean-Marie Le Pen war es, der 1981 einen Präzedenzfall schuf, indem er die Zulassung zur Präsidentschaftswahl verfehlte. Fünf Jahre zuvor, unter der Präsidentschaft Giscard d'Estaings und mit Unterstützung des Gaullisten Jacques Chirac, war das Quorum nämlich per Verfassungsänderung von 100 auf 500 Unterschriften angehoben worden. Die Folge: Le Pen schaffte lediglich 434 Unterschriften und war aus dem Rennen, bevor es überhaupt losging. Seitdem prangert der FN bei jeder Präsidentschaftswahl die 500er-Regel an und schwadroniert von einer Verschwörung des Establishments. Weil Le Pen seitdem die Unterschriften im letzten Moment doch noch jedes Mal zusammenbekam, unterstellten Kritiker ihm fortan absichtlich eine unwürdige Polit-Show abzuziehen – nämlich mit dem leicht zu durchschauenden Ziel, die Aufmerksamkeit der Franzosen auf sich zu ziehen.

Die Zeitung *Le Parisien* berichtete Ende Januar, dass die Spitzenkandidatin Marine Le Pen erst Zusagen für 350 Unterschriften hatte – 70 weniger als ihr Vater Jean-Marie Le Pen zum selben Zeitpunkt vor fünf Jahren. Eine von der derselben Zeitung in Auftrag gegebene repräsentative Umfrage kommt zu dem überraschend klaren Ergebnis, dass 70 % die Kandidatur Marine Le Pens ausdrücklich unterstützen. Obwohl die meisten von ihnen keine Anhänger des FN sind, halten sie es offenbar für undemokratisch, dass Marine Le Pen, der in einigen Umfragen sogar Chancen auf die Stichwahl am 6. Mai eingeräumt werden, gänzlich von der wichtigsten Wahl in Frankreich ausgeschlossen bleiben könnte.

Was macht es so schwer, die erforderlichen Unterschriften zu bekommen? Ausschlaggebend dürfte sein, dass der Name des Unterzeichnenden nicht anonym bleibt, sondern vom Verfassungsrat veröffentlicht wird. Viele Le Pen-Unterstützer aus dem gaullistischen Lager fürchten aber schmerzhaft Sanktionen, wenn ihr Name publik gemacht wird. FN-Vizepräsident Louis Aliot wirft den

Sozialisten und der Präsidentenpartei UMP vor, massiven Druck auf die Notablen auszuüben, damit sie Marine Le Pen nicht unterstützen. Auch vereinzelt Bürgermeister machen aus ihren Ängsten kein Hehl. Manchen FN-Unterstützern würden Hakenkreuze ans Auto geschmiert, sagen sie. Andere fürchten, dass ihrer Kommune der Geldhahn abgedreht wird.

Für die UMP ist eine Kandidatur der rechtspopulistischen Frontfrau Marine Le Pen besonders gefährlich. Weniger als neunzig Tage vor der Wahl lag sie in Umfragen bei stabilen 20 % und damit nur hauchdünn hinter Amtsinhaber Nicolas Sarkozy. Politische Beobachter schließen deshalb einen zweiten „21. April“ – diesmal unter umgekehrten Vorzeichen – nicht aus. Soll heißen: Der gaullistische Präsident könnte in der ersten Runde hinter François Hollande und Marine Le Pen auf dem dritten Rang landen und die Stichwahl verpassen – so wie der Sozialist Lionel Jospin am 21. April 2002. Damals kam Jean-Marie Le Pen sensationell in die Stichwahl, die er dann deutlich gegen Jacques Chirac verlor.

Der auf investigativen Journalismus spezialisierte Internetdienst *Mediapart* erhellt in einem Beitrag (*Die teuren Paten des FN*), wie zeitaufwändig und teuer das Buhlen um Unterschriften sein kann. Mitunter klemmen sich FN-Aktivisten tagelang ans Telefon oder fahren Hunderte Kilometer über die Dörfer, um ein „Autogramm“ zu ergattern. So manche Bürgermeister lassen sich auch gern zu kostspieligen Mittagessen einladen, allerdings ohne am Ende die Unterschrift zu leisten. FN-Spitzenfunktionär Jean-Michel Dubois beziffert die Kosten allein für die Unterschriften-Kampagne auf „200 000 bis 800 000 Euro“.

Lässt sich aus den Schwierigkeiten des FN, 500 Unterstützer zu finden, die Notwendigkeit ableiten, das System der *Parrainages* zu reformieren? Stefan Seidendorf vom Deutsch-Französischen Institut meint dazu: „Allenfalls könnte man sich eine Ergänzung vorstellen, die alternativ zu den 500 Unterschriften von gewählten Mandatsträgern auch dann eine Kandidatur zulässt, wenn die Unterschriften von 500 000 Wählern vorliegen. Damit gäbe es neben dem ‚Honorationen-Weg‘ noch einen ‚partizipativen Weg‘ zur Kandidatur, ohne es unsehrlichen Kandidaten einfacher zu machen.“